

Hübl, Lothar; Ertel, Rainer

Article — Digitized Version

Überlegungen zur Regionalisierung der Konjunkturpolitik: Dargestellt am Beispiel Niedersachsen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hübl, Lothar; Ertel, Rainer (1975) : Überlegungen zur Regionalisierung der Konjunkturpolitik: Dargestellt am Beispiel Niedersachsen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 11, pp. 561-565

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134881>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Überlegungen zur Regionalisierung der Konjunkturpolitik

Dargestellt am Beispiel Niedersachsen

Lothar Hübl, Rainer Ertel, Hannover *

Die konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Bundesländern folgt häufig nicht der Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik. Welches sind die Ursachen der unterschiedlichen regionalen Konjunkturverläufe, und wie sollte eine regionalisierte Konjunkturpolitik aussehen?

In die grundlegende Kritik an Einsatz- und Wirkungsmöglichkeiten der Maßnahmen, die das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. 6. 1967 (StWG) bietet, reiht sich vor allem aus Sicht der praktischen Wirtschaftspolitik der Vorwurf ein, daß die globale Orientierung des Gesetzes den Zusammenhang zwischen Konjunktur-, Struktur- und Regionalpolitik übersehe. Neben der Forderung nach speziellen Stabilitätsgesetzen für Länder und Gemeinden wird hierbei auch der regionalpolitisch orientierte Einsatz der Instrumente des StWG gefordert¹⁾. So hat beispielsweise der Bundesrat auf Initiative der Länder Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein bereits im Juli 1972 einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der eine regionale Differenzierung der antizyklischen Investitionspolitik öffentlicher Haushalte zugunsten strukturschwacher Räume vorsieht²⁾.

Divergierende Konjunkturverläufe

Im Hintergrund solcher Forderungen steht die Erfahrung, daß die konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Bundesländern nicht der Entwicklung in der gesamten Bundesrepublik folgt. Abbildung 1 zeigt diesen Entwicklungsunterschied

anhand der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1962 für die Bundesrepublik und für Niedersachsen.

Unterschiede im Konjunkturverlauf zwischen Niedersachsen und der gesamten Bundesrepublik treten dabei

- im Zusammenhang mit der Zyklusdauer nicht,
- im Zusammenhang mit Phasenverschiebungen nur in geringem Maße,
- im Zusammenhang mit Intensitätsabweichungen in allen Zyklen auf.

Die niedersächsische Konjunktur zeigt dabei bis 1964 eine gegenüber der Bundesrepublik gedämpftere Entwicklung, d. h. es werden im Boom die Wachstumsraten der Bundesrepublik nicht erreicht, dafür aber im Abschwung höhere Wachstumsraten erzielt. Von 1965 bis 1970 schnitt Niedersachsen durchgehend schlechter ab, besonders im Rezessionsjahr 1967. In den Jahren 1971 bis 1973 wurden bessere Ergebnisse erzielt, im Abschwung 1974 wurde dagegen, ähnlich wie 1966/67, die Abwärtsentwicklung gegenüber dem Bund verschärft. Die günstige Entwicklung der Jahre 1971 bis 1973 erklärt sich zum Teil aus dem guten Abschneiden des landwirtschaftlichen Sektors, das 1973 teilweise durch Sonderfaktoren, nämlich durch Holzverkäufe aus Sturmschäden, zu erklären ist.

Sieht man sich die Wachstumsraten über einen Konjunkturzyklus an, so schnitt Niedersachsen im 2. und 3. Zyklus in etwa gleich gut wie der Bund

*) Überarbeitete Fassung des auf der 52. Vortragsveranstaltung der Niedersächsischen Landesregierung zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen gehaltenen Referats.

1) Vgl. B. R ü r u p, A. S i e d e n b e r g: Das Stabilitätsgesetz im Spiegel der Kritik, in: Konjunkturpolitik, 20. Jg., 1974, S. 10.

2) Vgl. Bundesrat, Drucksache 331/72 (Beschluß).

Prof. Dr. Lothar Hübl, 34, ist Ordinarius am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Hannover. Rainer Ertel, 28, Diplom-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre. Der Verfasser und sein Mitautor haben zu diesem Themenkreis im Auftrag des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums ein umfassendes Gutachten erstellt.

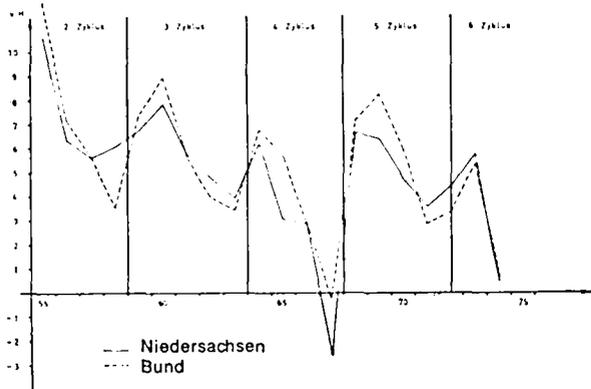
ab, im 4. und 5. Zyklus schlechter. Eine sinnvolle Aussage über den 6. Zyklus ist noch nicht möglich, da von ihm erst zwei Jahre vergangen sind.

Ursachen der Unterschiede

Betrachtet man, wie es die herrschende Konjunkturtheorie und als Folge davon auch die Konjunkturpolitik in weiten Bereichen tut, die Volkswirtschaft unter Vernachlässigung der räumlichen Dimensionen als Punktwirtschaft und orientiert sich demzufolge an einem globalen, makroökonomischen Ansatz, versperrt man sich die Sicht auf die für einzelne Regionen relevanten Probleme. „Im Bereich der Konjunkturpolitik erscheint eine strukturell orientierte Analyse dabei vor allem in bezug auf branchenweise, sektoral und regional differenzierende Konjunkturphänomene von Bedeutung“³⁾.

Abbildung 1

Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Niedersachsen und im Bund



Einheitliche regionale Konjunkturverläufe treten in der Realität deshalb nicht auf, weil

- die regionale Wirtschaft in Struktur und Standortbedingungen nicht ein verkleinertes Abbild der Gesamtregion darstellt,
- regionale Ungleichgewichte nicht oder nur mit zeitlicher Verzögerung durch Gütertausch und Faktorwanderungen ausgeglichen werden
- und räumliche Konjunkturunterschiede durch gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Konjunkturpolitik nicht voll ausgeglichen werden können⁴⁾.

Knüpft man an das erste Argument an und unterstellt in einem ersten Schritt der Erklärung abweichender Entwicklungen, daß die Konjunkturentwicklung einer Teilregion sich aus dem Gewicht

³⁾ E. Nowotny: Regionale Aspekte der Konjunkturpolitik, in: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, 16. Jg., 1972, S. 26.

⁴⁾ Vgl. H. Jürgensen: Theorien im „ökonomischen Wunderland“, in: Der Volkswirt, 43/1968, S. 38.

der in ihr vertretenen Wirtschaftsbereiche und einem für die entsprechenden Bereiche „typischen“ Konjunkturverhalten ableiten läßt, wird die Ursache für Unterschiede der konjunkturellen Entwicklung zwischen Teilregionen bzw. Teilregion und Gesamtregion primär in Strukturunterschieden gesucht. Solche Strukturunterschiede bestehen auch zwischen Niedersachsen und dem Bund, wie die nachfolgende Zusammenstellung beispielhaft für die Umsatzanteile der fünf Industriebereiche zeigt, die die gesamte Industrie bilden. Diese Strukturunterschiede verstärken sich in der Regel mit abnehmender Größe der betrachteten Region und bei weiterer sektoraler Differenzierung.

Anteile am Umsatz der gesamten Industrie 1973

(in %)

	Bergbau	Grundstoff- u. Prod.-Güter	Invest.-Güter	Verbr.-Güter	Nahrungs- u. Genußmittel
Bundesrepublik	2,0	27,5	40,1	17,6	12,8
Niedersachsen	3,4	22,9	40,3	14,7	18,7

Quelle: Statistik von Niedersachsen, Die Industrie in Niedersachsen 1973, Niedersächsisches Landesverwaltungsamt.

Einfluß des Standortfaktors

Aufgrund solcher Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur lassen sich aber regionale Konjunkturunterschiede nicht vollständig erklären. Neben strukturellen Einflüssen bewirken nämlich „Standortfaktoren“ Modifikationen der von der Struktur her zu erwartenden Entwicklung. In „Standortfaktoren“ werden alle Einflüsse erfaßt, die Abweichungen vom Durchschnittsverhalten einer Branche bewirken. Zerlegt man die insgesamt in einer Region gegenüber der Bezugsregion auftretenden Entwicklungsunterschiede in eine strukturbedingte Komponente und in eine Komponente, die Standorteinflüsse erfaßt, so ist letztere eine Restgröße. Der Umfang der Standorteinflüsse läßt sich für vergangene Perioden leicht ermitteln, die Identifizierung der im Standortfaktor wirkenden Größe bereitet dagegen Schwierigkeiten. Für Abweichungen der Branchenentwicklung in einzelnen Regionen gegenüber der Branchenentwicklung einer Bezugsregion können beispielsweise verantwortlich sein:

- Unterschiede im Produktionsprogramm, etwa in Breite und Tiefe, Marktgängigkeit und Anpassungsfähigkeit.
- Unterschiedliche Unternehmensgrößen, Zielsetzungen, Entscheidungsstrukturen, Managementqualitäten und Zukunftseinschätzungen.
- Unterschiedliche Kostenbelastungen einschließlich unterschiedlicher Infrastrukturbedingungen.

- Unterschiede in der Konzentration von Haupt- und Zweigbetrieben.
- Regional differenziertes Arbeitskräfteangebot.

Zerlegung der Entwicklungsdifferenzen

Als zu untersuchender Wirtschaftsbereich bietet sich die Industrie an, da sie sowohl im Bund als auch in Niedersachsen der konjunkturbestimmende Sektor ist. Als Indikator dient die in der Industriestatistik ausgewiesene Umsatzentwicklung. Schwankungen des Indikators Beschäftigte, die ebenfalls herangezogen werden könnten, fallen tendenziell geringer als die der Umsätze aus, da u. a. in Boomperioden Überstunden und in Rezessionszeiten Kurzarbeit als Puffer dienen.

Die Zerlegung der Abweichung der Entwicklung zwischen Niedersachsen und dem Bund als Bezugsregion folgt der Logik der Shift-Analyse⁵⁾. Im Gegensatz zu ihrer Anwendung unter Wachstumsaspekten über längere Perioden sollen hier allerdings eintretende Strukturverschiebungen jährlich berücksichtigt werden.

Zum Vergleich der Konjunkturentwicklung werden drei Zeitreihen gebildet:

- die tatsächliche Bundesentwicklung,
- die tatsächliche niedersächsische Entwicklung und
- eine hypothetische niedersächsische Entwicklung.

Bei der tatsächlichen Entwicklung wird das Gewicht eines Bereiches, das sich aus seinem Anteil am Umsatz der Gesamtindustrie ergibt, berücksichtigt. Diese gewichtete Wachstumsrate des Umsatzes zeigt an, wieviel Prozentpunkte zum Wachstum der Gesamtindustrie ein Bereich beisteuert und kennzeichnet damit gleichzeitig die Relevanz, die einem Bereich auch aus wirtschaftspolitischer Sicht zukommt. Die hypothetische Entwicklung gibt an, wie sich Niedersachsen von seiner Struktur her entwickeln müßte, wenn die Wachstumsrate des Umsatzes in einer Branche derjenigen des Bundes folgte.

Ausgewählte Industriebereiche

Aus diesen drei Zeitreihen, die im folgenden exemplarisch für die Investitionsgüterindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie dargestellt werden, lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

- Vergleicht man die tatsächliche niedersächsische Entwicklung mit derjenigen des Bundes, so

⁵⁾ Vgl. hierzu H. H. Bergschmidt: Zur Messung und Erklärung von regionalen Wachstumsunterschieden in der Bundesrepublik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 174 (1962), S. 513 ff.; H. Gerfin: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung, in: Kyklos, Vol. XVII, 1964, S. 582 ff.

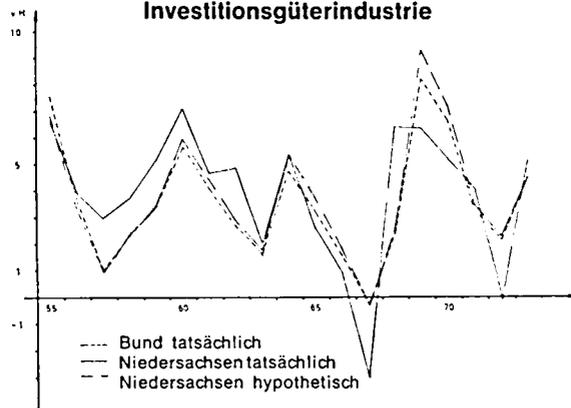
zeigt sich, in welchem der Gebiete die betrachtete Branche einen größeren Beitrag zur Gesamtentwicklung leistet. Mögliche Unterschiede sind hierbei auf unterschiedliche Anteile und/oder auf abweichende Umsatzentwicklung zurückzuführen.

- Der Teil der Abweichung, der auf unterschiedliche Anteile zurückzuführen und damit strukturbedingt ist, zeigt sich im Vergleich der hypothetischen niedersächsischen mit der tatsächlichen Bundesentwicklung.

- Die restliche Abweichung, die auf Standorteinflüssen beruht, zeigt sich im Vergleich der tatsächlichen mit der hypothetischen niedersächsischen Entwicklung.

Abbildung 2

Gewichtete Umsatzentwicklung in der Investitionsgüterindustrie



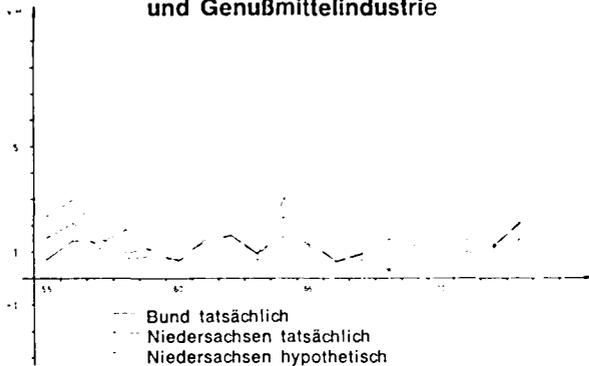
In der Investitionsgüterindustrie, einem Bereich, in dem grundsätzlich besonders starke Konjunkturschwankungen auftreten, fallen vor allem zwei Tatbestände auf:

- Die Bundesentwicklung und die hypothetische niedersächsische Entwicklung weichen nur gering voneinander ab, d. h. zwischen Bund und Land gibt es in diesem Bereich kaum Strukturunterschiede. Niedersachsen weist sogar einen geringfügig höheren Anteil der Investitionsgüterindustrie an der gesamten Industrie auf als der Bund.
- Die tatsächliche niedersächsische Entwicklung übertrifft bis 1964 die hypothetische Entwicklung und unterschreitet sie seitdem, d. h. die Einflüsse, die sich im Standortfaktor niederschlagen, haben sich zuungunsten Niedersachsens entwickelt. Niedersachsen wird in Rezessionen härter getroffen und reicht in Boomperioden nicht an den Bund heran.

Eine andere Charakteristik zeigt sich in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Abbildung 3. Dieser Bereich ist innerhalb der Industrie am konjunkturunempfindlichsten; es treten im gesamten Beobachtungszeitraum, auch im Jahr 1967, keine negativen Wachstumsraten auf. Zusammenfassend

läßt sich für diesen Bereich feststellen, daß Niedersachsen sowohl von der Struktur als auch von den Standorteinflüssen her besser als der Bund abschneidet.

Abbildung 3
Gewichtete Umsatzentwicklung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie



Die beiden in ihrer Umsatzentwicklung exemplarisch vorgestellten Bereiche sind selbst wiederum stark aggregiert und unterscheiden sich in ihrer internen Zusammensetzung zwischen Bund und Niedersachsen. Ein Teil der im Standortfaktor erfaßten Abweichungen läßt sich somit bereits dadurch erklären, daß die in den Bereichen zusammengefaßten Industriezweige im Bund und in Niedersachsen mit ungleichen Gewichten vertreten sind. Eine weitergehende Analyse einzelner Industriezweige, wie z. B. des Straßenfahrzeug- und Luftfahrzeugbaus, zeigt jedoch, daß auch auf dieser Ebene weiterhin neben Strukturunterschieden Standorteinflüsse von Bedeutung sind und daß sie in der Regel gegenüber der Betrachtung von zusammengefaßten Industriebereichen wie der Investitionsgüterindustrie oder der Nahrungs- und Genußmittelindustrie noch an Bedeutung gewinnen.

Konjunkturpolitische Maßnahmen

Als Ergebnis der Analyse lassen sich zunächst zwei Aussagen festhalten:

□ Der grundsätzliche Zusammenhang zwischen der Entwicklung einer Teilregion und der Gesamtregion bestätigt sich⁶⁾, was angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungsbeziehungen innerhalb der Bundesrepublik nicht sonderlich überrascht.

□ Bei der weitergehenden Analyse einzelner Wirtschaftsbereiche bis hin zu einzelnen Industriezweigen zeigen sich jedoch deutliche Abweichungen, die nur zum Teil auf Strukturunterschiede, d. h. unterschiedliche Anteilsgewichte, zurückzuführen sind, in vielen Fällen und über bedeutende Zeiträume dagegen auf Einflüssen beruhen, die im Standortfaktor erfaßt werden.

⁶⁾ Auf den auch Gerfin hinweist (vgl. H. Gerfin, a. a. O., S. 574).

Aus diesen ersten Ergebnissen lassen sich einige Schlußfolgerungen für die Idee der Regionalisierung der Konjunkturpolitik ableiten.

Zunächst erscheint es sinnvoll, konjunkturpolitische Maßnahmen nicht nur auf eine Nachfragebeeinflussung im Sinne der Globalsteuerung zu beschränken. Auch der Versuch einer bloßen Reduzierung globalpolitischer Maßnahmen auf eine Teilregion reicht offenbar nicht aus, um deren konjunkturelle Probleme, die im Vergleich zur Bundesentwicklung auftreten, zu beheben. Hierfür sprechen sowohl organisatorisch-technische als auch inhaltliche Gründe. So läßt sich z. B. die monetäre Politik zur Nachfragesteuerung wegen der großen Mobilität im monetären Sektor nicht sinnvoll regionalisieren. Andererseits kann die Wirkung eines Teils der Maßnahmen einer fiskalpolitischen regionalen Nachfragesteuerung nicht abgeschätzt werden. Von den Bestandteilen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage scheidet eine fiskalpolitische Beeinflussung der auf eine Region gerichteten Konsum-, Investitions- und Auslandsnachfrage praktisch aus, da der Einsatz regional begrenzter Steuererleichterungen, Zinsverbilligungen, Exportvergünstigungen u. ä. aus theoretischen Gründen und wegen mangelnder Information abzulehnen ist. Diese Maßnahmen sind entweder nicht wirksam, in ihrer Wirkung nicht abschätzbar oder würden den Marktmechanismus zu stark beeinträchtigen.

Regionalisierte Nachfragepolitik

Der Fiskalpolitik bleibt lediglich die Beeinflussung der Staatsnachfrage übrig, die sich auf Konsum- und Investitionsgüter richten kann und grundsätzlich von Bund, Ländern und Gemeinden vorgenommen wird. Eine zusätzliche oder gebremste Nachfrage nach Konsumgütern durch staatliche Stellen erscheint dabei wenig sinnvoll. Es bleibt somit die staatliche Nachfrage nach Investitionsgütern. Rund $\frac{2}{3}$ der staatlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt. Ob es gelingt, sie in eine regionalisierte Konjunkturpolitik zu integrieren, erscheint fraglich, da sie in ihrer Ausgabengestaltung wenig disponibel sind und nur einen stark beschränkten zusätzlichen Finanzierungsspielraum haben. Außerdem reichen die bisherigen Regelungen des Stabilitätsgesetzes zur Integration der Kommunen offenbar nicht aus⁷⁾. Eine regionalisierte Nachfragepolitik könnte aber derzeit von Bund und Ländern durchgeführt werden, wobei vor allem für letztere ebenfalls deutliche Finanzierungsgrenzen bestehen. Eine Möglichkeit bietet sich jedoch an: ein regional differenzierter Einsatz von Konjunkturausgleichsrücklagen bzw. Konjunkturprogrammen. Dabei ist es wichtig festzulegen,

⁷⁾ Vgl. zu dieser Frage u. a. D. Dickertmann, A. Siebenberg: Konjunkturpolitische Instrumente für Länder und Gemeinden. Zu einem niedersächsischen Gesetzentwurf, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 10. Jg., 1971, S. 274 ff.

bei wem die Kompetenz über die Auswahl der betroffenen Regionen, über Zielrichtung und Umfang der zu ergreifenden Maßnahmen liegt.

Bei der Variation der Staatsnachfrage ist einschränkend festzustellen, daß primär stets nur bestimmte Branchen getroffen werden, etwa das Baugewerbe und zum Teil die elektrotechnische Industrie. Ein günstiger Effekt für die Region tritt nur dann ein, wenn die durch die zusätzlichen Investitionen entstandene Einkommenssteigerung, bzw. im entgegengesetzten Fall Einkommensenkung, auch zu Folgewirkungen in der gleichen Region führt. Es ist zu vermuten, daß Ausgaben für kleinere Bauaufträge wie Renovierungsarbeiten, Beseitigung von schienengleichen Bahnübergängen, Kanalisationsbau, Erschließung von Industriegelände u. ä. eine genügend regionale Wirkung haben, da außerregionale Unternehmen kaum betroffen werden und Vorleistungen der betroffenen Unternehmen vornehmlich aus der gleichen Region stammen.

Einbeziehung der Strukturpolitik

Fällt die Entscheidung für speziell auf eine Region abgestellte Maßnahmen der geschilderten Art, so wird dabei explizit oder implizit unterstellt, daß es zur Lösung der konjunkturellen Probleme der Region lediglich einer Initialzündung in Form eines zusätzlichen Nachfragestoßes bedarf. Sofern die Konjunkturanfälligkeit einer Region aber auf systematischen und längerfristig wirkenden Ursachen beruht, worauf die Analyse einzelner Industriezweige Hinweise gibt, muß Konjunkturpolitik, die die Belange einer Region berücksichtigt, weitergefaßt werden. Hier bietet sich zum einen die Einbeziehung der Strukturpolitik an. Sie sollte auf eine Stärkung konjunkturunempfindlicher Wirtschaftsbereiche und eine Differenzierung der Wirtschaftsstruktur gerichtet sein⁸⁾. Sie kann jedoch nicht darin bestehen, in der Teilregion das Spiegelbild der Struktur der Gesamtregion zu schaffen,

ohne Rücksicht auf spezielle komparative Vorteile der Teilregion und ohne Berücksichtigung des sich mittel- und längerfristig abzeichnenden Strukturwandels, dem die deutsche Wirtschaft insgesamt durch die sich ändernde binnenwirtschaftliche Nachfrage und durch Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung ausgesetzt ist.

Das Gewicht der im Standortfaktor erfaßten Einflüsse, das sich bei der Analyse der niedersächsischen Konjunkturentwicklung auch für kleinere räumliche Einheiten abzeichnet, legt es jedoch nahe, nicht bei einer Strukturpolitik stehenzubleiben, die ihren Erfolg in der Dokumentation von Anteilsverschiebungen einzelner Industriebereiche ausweist. Denn erste Versuche einer Erfolgskontrolle regionaler Förderungsmaßnahmen zeigen, daß sich die in dieser Weise geförderten Bereiche häufig anders entwickeln als erwartet⁹⁾. Strukturpolitik erscheint demnach nur unter Beachtung der im Standortfaktor zu erfassenden Zusammenhänge sinnvoll. Zur Beeinflussung dieser Größen bietet es sich dabei an, nach detaillierter Analyse der einzelnen Bereiche Maßnahmen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in der entsprechenden Region zu ergreifen. Ziel einer in diesem weiten Sinne verstandenen Politik zur Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung einer Region sollte allerdings sein, nicht im Einzeleingriff stehenzubleiben, gegen den sich sowohl aus theoretischen als auch aus politischen Gründen Einwände erheben lassen. Das Interesse sollte vielmehr verstärkt dem Zusammenhang zwischen der speziellen Entwicklung von Wirtschaftsbereichen, Branchen und Unternehmen in Regionen und Merkmalen dieser Regionen zugewendet werden.

⁸⁾ Vgl. auch E. Nowotny, a. a. O., S. 30.

⁹⁾ Vgl. hierzu z. B. K. Gerlach, P. Liepmann: Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen – dargestellt am Beispiel des ostbayerischen Regierungsbezirks Oberpfalz, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 187 (1973), S. 1 ff.; H. Kohler, L. Reyher: Zu den Auswirkungen von Förderungsmaßnahmen auf regionale Arbeitsmärkte. Ein Beitrag zur Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik, in: MittAB, 8. Jg., 1975, H. 1, S. 1 ff.

Horst Rinne

Tabellen zur Finanzmathematik

Band I Zins- und Zinseszinsrechnung 520 S. 106,30 DM	Band III Tilgungsrechnung 472 S. 96,70 DM
Band II Rentenrechnung 412 S. 84,20 DM	Band IV Kurs- und Rentabilitätsrechnung 648 S. 132,80 DM

1973 – 2062 S. – holzfreies, extrazähes Bücherpapier 110 g – in deutscher, französischer und englischer Sprache – 4 Bände, Kunststoffeinband, abwaschbar 420,- DM – ISBN 3-445-00952-X

Sonderprospekt auf Anforderung

Verlag Anton Hain D-6554 Meisenheim Postfach 180